

Das Jahr 1934 – zweimal Widerstand?

Einleitung

Die österreichische Geschichtswissenschaft und ihre Produktion funktioniert nach gewissen Gesetzmäßigkeiten. Wir haben einmal die 8er-Jahre: Erinnerung an den Zusammenbruch der Monarchie und die Ausrufung der Republik 1918 sowie an den sogenannten Anschluss von 1938, dann die 5er-Jahre: Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 und den Staatsvertrag 1955. Und wir haben schließlich die 4er-Jahre: Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 und dann eben das fatale Jahr 1934 – das sogenannte Bürgerkriegsjahr.

Im heurigen 4er-Jahr – aber auch schon vorher bei runden und ununden Jubiläen – ist mir aufgefallen, dass die Erinnerung an den sozialdemokratischen Aufstand vom 12. Februar weit größeres mediales und öffentliches Echo hervorruft als die Erinnerung an den nationalsozialistischen Putschversuch vom 25. Juli.

Das heißt, das Februargedanken polarisiert nach wie vor, ist nach wie vor ein erinnerungspolitischer Streitfall, während der Juliputsch schon recht weit in die Historisierung – und damit in das Vergessen auch einer an sich geschichtsinteressierten Öffentlichkeit – übergegangen ist. Ich möchte spätere Thesen vorwegnehmen, indem ich behaupte, dass der sozialdemokratische Februarmythos auch nach 90 Jahren noch lebt – oder zumindest innerhalb der Partei und ihrer Anhänger und Sympathisanten recht erfolgreich am Leben erhalten wird –, während der christlichsoziale Dollfuß-Mythos meinen Beobachtungen nach langsam verblasst.

Trotzdem: Selbst 90 Jahre danach ist das 34er-Jahr erstaunlich „untot“ – „eine Vergangenheit, die nicht vergehen will“, um Ernst Nolde zu zitieren, der dies schon vor 40 Jahren, 1986, mit Bezug auf den Nationalsozialismus geschrieben hat.

Aber kommen wir zum eigentlichen Thema, dem 34er-Jahr als Jahr des – vielleicht – doppelten Widerstandes.

Vorgeschichte

Jede Geschichte hat ihre Vorgeschichte. In diesem Fall wäre das die Entwicklungen in der Zwischenkriegszeit in Österreich – und *in ganz Europa*. Denn natürlich hatten die Vorgänge im europäische Umfeld entscheidende Auswirkungen auf das kleine Österreich inmitten des Kontinents: die sukzessive Hinwendung zu autoritären Regierungsformen fast überall im Mittel- und osteuropäischen Umfeld. Und dann das Aufblühen der Totalitarismen: der Sowjetkommunismus ab 1918, der italienische Faschismus ab 1922 und schließlich ab 1933 der deutsche Nationalsozialismus (der ja ganz unmittelbar auf Österreich wirkte). – Und bedenken Sie bitte, welche Schockwellen von der Weltwirtschaftskrise ab 1929 ausgingen: die Massenarmut, die Massenarbeitslosigkeit, die massenhafte Hoffnungslosigkeit, die Vernichtung aller Lebenschancen für sehr viele Menschen.

Und dazu die problematische Entwicklung im Inneren: die schwierige Staatswerdung 1918/19 als angeblich lebensunfähige Restgröße eines mächtigen Reiches mit seiner weit überdimensionierten Hauptstadt, dem „Wasserkopf“ Wien, die zerschlagenen Hoffnungen auf einen Anschluss an das Deutsche Reich, die Hyperinflation, die notwendige Genfer Sanierung, die politisch und sozial gewaltige Verwerfungen hervorrief, dann der Ausbruch von fast revolutionär scheinender Gewalt am 15. Juli 1927, dem Justizpalastbrand, den immer gefährlicher werdenden Konfrontationen der Parteiarmeen – dem Republikanischen Schutzbund der Sozialdemokraten und der Heimwehrbewegung u. a. Formationen, die allgemein dem bürgerlichen Lager zuzurechnen waren –, dem Zusammenbruch der Banken, insbesondere der Creditanstalt im Mai 1931, der Österreich an den Rand des Staatsbankrottes brachte.

Der niederösterreichische Landwirtschaftsfunktionär Engelbert Dollfuß wurde im Mai 1932 Bundeskanzler. Er führte eine Koalitionsregierung, die sich auf eine sehr wackelige Mehrheit von einer Stimme stützen konnten. Die Abstimmungen über die infolge der Pleite der Creditanstalt notwendigen Völkerbund-Anleihe überstand er im Sommer 1932 mit Mühen und unter schweren parlamentarischen Kämpfen und Krämpfen, was seine Liebe zum Parlamentarismus nicht eben förderte.

Und so begann er – ich bin jetzt sehr oberflächlich – darüber nachzudenken, ob er nicht ähnlich wie es bereits zu diesem Zeitpunkt – als noch vor der NS-Machtergreifung – in Deutschland praktiziert wurde, aufgrund eines Notstandsparagraphen ohne Parlament regieren könne. Ähnliche Befugnisse wie sie der Reichspräsident Hindenburg hatte, gab es in der österreichischen Verfassung nicht, aber es gab das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz von 1917, das unklugerweise in den Rechtsbestand der Republik übernommen worden war.

So kam es zu dem fatalen 4. März 1933, dem Rücktritt der drei Nationalratspräsidenten und der darauf folgenden Geschäftsordnungskrise, die fälschlicherweise als „Selbstausschaltung“ des Parlaments bezeichnet wurde. In weiterer Folge regierte Dollfuß ohne Parlament auf Basis des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes.

Februar 1934

Wie kam es nun zum sozialdemokratischen Aufstand vom 12. Februar 1934 gegen das Regime Dollfuß? Ganz grob skizziert: Die österreichischen Nationalsozialisten sahen sich aufgrund der Entwicklung in Deutschland – Hitler war ja seit 30. Jänner 1933 Reichskanzler – schon an der Schwelle zur Machtergreifung auch in Österreich. Sie gingen dementsprechend offensiv vor, zunehmend auch mit gewalttätigen Mitteln bis hin zu Bombenanschlägen, Mordattentaten etc. Die NSDAP wurde dann auch am 16. Juni 1933 in Österreich verboten, was aber die Nazis keineswegs stoppte. Denn sie führten von nun den illegalen Kampf mit terroristischen Mitteln, unterstützt aus Deutschland. Gerade die Braunauer Lokalgeschichte sollte zu dieser Zeit ja einiges zu sagen haben.

Wie reagierten die Sozialdemokraten, der stärksten Partei Österreichs? Sie gerieten unrettbar in die Defensive und mussten mehr oder weniger ohnmächtig zusehen, wie die Dollfuß-Regierung scheinbar die demokratischen Rechte eliminierte und einen autoritären Staat errichtete.

Dollfuß brachte ihr Dilemma bei einer Sitzung des christlichsozialen Klubvorstandes im Mai 1933 treffend auf den Punkt, und zwar:

„Die Sozi haben sich alles gefallen lassen, weil sie sich sagen, es sind noch immer nicht die Nazi.“

Manche würden ihn zu schärferen, rascheren Maßnahmen drängen, aber:

„Aber nichts geht den Sozi mehr auf die Nerven als diese gewisse langsame Taktik. Alles auf einmal bringt die Leute zum Kampf.“

Besser kann man die Taktik, die Dollfuß anwendete, nicht beschreiben.

Zu erwähnen ist noch, dass Dollfuß in der Frontstellung zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten sich mit Mussolini, dem italienischen Duce, einen Verbündeten gesucht hatte. Und dieser nahm die Avancen aus Österreich gerne auf und drängte, als Preis für seine Unterstützung, vehement auf die Ausschaltung der Sozialdemokraten und die Errichtung eines autoritären Staates.

Viele der Schritte, die Dollfuß in den kommenden Monaten gegen die Sozialdemokraten unternahm, sind vom faschistischen Italien inspiriert und geschahen auf vehementen Druck von Mussolini.

Darunter zerbrach die Sozialdemokratische Partei fasst. Hunderttausende Mitglieder traten aus, häufig aus opportunistischen Gründen. Denn auch in der Ersten Republik war die Mitgliedschaft bei der richtigen Partei, zum Beispiel im Roten Wien, günstig, um von den Regierenden gewisse Vorteile zu erlangen. Manche der Jungen, Engagierten liefen zu den Nazis über, noch mehr von ihnen schlossen sich aber der KPÖ an, die schon seit Mai 1933 verboten war.

Dagegen gab es Ältere in der Partei – vor allem Niederösterreicher –, die auf eine Verständigung mit Dollfuß drängten.

Der Parteivorstand lavierte zwischen den Lagern, und die Partei erodierte scheinbar unaufhaltsam. Die Linken drängten darauf, den nach wie vor gut bewaffneten Republikanischen Schutzbund mit seinen Zehntausenden Mitgliedern endlich gegen die Regierung losschlagen zu lassen. – Und irgendwann in dieser zermürbenden Situation verselbständigte sich der militärische Apparat. Es war der oberösterreichische Schutzbund-Kommandant Bernaschek, der sich nicht mehr an die Parteilinie halten wollte – die ohnehin keine Linie war, sondern eher einem Zickzack-Kurs glich – und schlug los.

Wie Sie wissen, begann am 12. Februar 1934 in Linz der bewaffnete Kampf und breitete sich innerhalb eines Tages auf einige, längst nicht alle industrialisierten Bezirke Österreichs aus, und zwar auf weitere Teile von Oberösterreich (vor allem Steyr und das Hausrucker

Braunkohlerevier um Holzleithen), Teile der Steiermark (Graz und Umgebung und die Obersteirische Industrieregion um Bruck an der Mur und Leoben-Donawitz) und einigen Wiener Arbeiterbezirken (vor allem Floridsdorf, Ottakring, Simmering, Meidling, mit Abstrichen noch Favoriten und andere) sowie auf einige Industrieorte rund um Wien und in St. Pölten und Umgebung. Bis 15. Februar gelang es der Regierung, diese Aufstände restlos niederzuschlagen. Die Zahl der Todesopfer beider Kampfparteien und unter Unbeteiligten lag bei 350 bis 360 Personen.

Der bewaffnete Widerstand gegen ein Regime, das sukzessive sämtliche demokratischen Rechte außer Kraft setzte, ist meines Erachtens legitim, wenn andere Mittel versagen. Es ist die Ultima Ratio, das letzte Mittel, das angesichts einer solchen Entwicklung noch bleibt.

Aber war es klug, war es vernünftig, war es moralisch vertretbar, in dieser speziellen Situation mit Gewalt zu reagieren? Denn es ist offensichtlich, dass in der Sozialdemokratischen Partei zum Zeitpunkt Februar 1934 *niemand* – ich betone *niemand* – mit einem guten Ausgang des Kampfes rechnete.

Wenn man schon einen solchen schweren Situation, einen verzweifelten Schritt setzt, sollte es doch eine gewisse Aussicht geben, dass dieser Schritt auch tatsächlich zum Erfolg führen kann. Denn dass es Tote und Verletzte, wahrscheinlich auch unter Unbeteiligten geben würde, ja notwendigerweise geben musste, das war klar.

Aber genau diese Erfolgsaussicht war im Februar 1934 nicht gegeben. Das wusste man auch in der Sozialdemokratie. Und das war aus ihrer Sicht das Tragische an der Situation.

Lassen Sie mich beispielhaft zur Untermauerung meiner These ein paar Punkte anführen:

1. Am 11. Februar 1934 kam General Theodor Körner – im Ersten Weltkrieg Generalstabschef der Isonzo-Armee und nach dem Zweiten Weltkrieg Wiener Bürgermeister und Bundespräsident – zum Parteiführer Otto Bauer. Bauer hatte Körner in der vergangenen Woche gefragt, ob er nicht – nachdem die wichtigsten Führer des Schutzbundes verhaftet worden waren – die Führung des Schutzbundes übernehmen wolle, was sowieso schon auf Skepsis bei Körner gestoßen war. Aber er hatte sich ausbedungen, sich vor der Entscheidung in dieser Frage im Schutzbund umzusehen und umzuhören.

Und was sagte er am 11. Februar nach Abschluss dieser „Heerschau“ seinem Parteichef? Er beschwor in regelrecht, sich nur ja auf keine bewaffnete Konfrontation einzulassen. Das

sei völlig aussichtslos. Im Schutzbund herrsche eine depressive, resignative Stimmung, niemand glaube an einen Sieg, jeder sei von der Aussichtslosigkeit eines bewaffneten Kampfes überzeugt. Und in den Arbeiterbezirken herrsche keineswegs eine revolutionäre Erregung, wie sie für das Gelingen des Aufstandes und Generalstreiks unabdingbar sei, sondern auch hier, nahm man die Gegebenheiten hin, wie sie waren, mit Resignation.

2. Praktisch keiner der politischen Führer der Partei ließ sich darauf ein, den Aufstand – als er ausgebrochen war – zu unterstützen oder sich den Aufständischen in ihrem Kampf anzuschließen. Vielmehr verhielten sie sich so, dass sie möglichst rasch verhaftet wurden, noch vor Ausrufung des Standrechts. Das Wiener Rathaus wurde nicht etwa vom Schutzbund verteidigt. Sondern die gesamte Wiener Parteiführung wartete dort in trauter Gemeinsamkeit auf die unausweichliche Verhaftung, zu der die Polizei dann auch tatsächlich am Nachmittag des 12. Februar anrückte.

Ausgenommen sind *Otto Bauer* und *Julius Deutsch*, die den Kampf zumindest nominell für einige Stunden anführten. Über ihr mehr als zweifelhaftes Verhalten könnte man noch gesondert sprechen. Übrigens auch über *Richard Bernaschek*, der ja mit seinen vollmundigen Ankündigungen den Aufstand ursächlich ausgelöst, persönlich aber völlig versagt hatte.

3. Der einzige einigermaßen namhafte Sozialdemokrat, der sich den Kämpfenden anschloss war der steirische Nationalratsabgeordnete und Landespartei sekretär *Koloman Wallisch*. Zu Mittag des 12. Februar sagte er auf der kurzen Bahnfahrt von Graz nach Bruck an der Mur, um dort die Aufständischen anzuführen, seiner Frau Paula Wallisch Folgendes:

„Ich bin überzeugt davon, dass es ein organisierter Selbstmord ist, jetzt, da die Regierung bereits so überaus stark mit Militär und Waffen und Munition ausgerüstet ist.“

4. Oder ein letztes Beispiel: Georg Strecha, einer der Aufständischen, die den Goethehof in Wien-Kaisermühlen besetzt hatten, erklärte seinem jüngeren Bruder Valentin:

„Das ist eh klar, der ganze Einsatz da ist jetzt für nichts, außer für das, dass sie nicht sagen können, wir haben kapituliert, ehrlos kapituliert. Aber heraussehen wird nichts.“ – Und sinngemäß: Der Kampf fängt erst an, wenn das hier erledigt ist.

Es war demnach ein Kampf um der *proletarischen Ehre* willen. (Wobei die Proletarier in ihrer großen Gesamtheit ja gar nicht mitmachten – nicht beim Generalstreik und schon gar nicht beim Aufstand.)

Es war bewaffneter Widerstand *ohne Aussicht auf Erfolg* – worauf ja schon die durchwegs defensive, selbstschonenden Kampfweise der Aufständischen hinweist. Es sollte ein *Symbol* gesetzt werden.

Aber dieser von vornherein als aussichtslos angesehene symbolische Widerstand kostete rund 360 Menschenleben und zahllose zerstörte Existenzen, besonders hervorzuheben sind die mehr als 130 Unbeteiligten – darunter viele Frauen, Kinder, Greise – die dabei getötet wurden.

So bleibt die Frage, ob Widerstand in dieser Form moralisch gerechtfertigt war. Kann „*organisierter Selbstmord*“ (um Wallisch zu zitieren), der sich ja im Übrigen längst nicht nur auf die Selbsttötung der Aufständischen beschränkte, sinnvoller, moralisch vertretbarer Widerstand sein?

Allerdings – und das ist der Schlusspunkt, den ich vorläufig zum Thema Widerstand im Februar 1934 setzen möchte – sprechen viele Anzeichen dafür, dass dieser Verzweiflungsausbruch vom Dollfuß-Regime bewusst provoziert wurde. Sodass die moralische Verurteilung letztlich doch auf den wahren Verursacher zurückfällt.

Juliputsch 1934

Und damit komme ich zum zweiten Widerstand, den Widerstand des des sogenannten Ständestaates, gegen die Vereinnahmung durch den Nationalsozialismus. In konservativen Kreisen wurde dafür der Begriff des „*Staatwiderstandes* gegen Hitler“ geprägt.

Die politische Entwicklung habe ich ja schon vorhin in allergrößten Zügen skizziert. Noch einmal kurz, und zwar in Verschränkung der Vorgänge in Deutschland und Österreich.

- Am 30. Jänner 1933 wird Hitler Reichskanzler, es beginnt das, was die Nazis später als „nationalsozialistische Revolution“ bezeichneten und was natürlich auch die Situation in Österreich in ungeheuerlicher Weise dynamisierte.

- Am Samstag, 4. März gibt es die ominöse Nationalratssitzung in Wien, in der alle drei Präsidenten zurücktreten.
- Am Sonntag, 5. März findet in Deutschland die letzte einigermaßen noch freie, wengleich schon sehr eingeschränkte Wahl zum Reichstag statt. Hitler erhält 43% der Stimmen und verfügt nun zusammen mit seinen nationalkonservativen Verbündeten über ein, wengleich nach wie vor knappe absolute Mehrheit.
- Am 7. März entschließt Dollfuß sich zum Verfassungsbruch – unter der Begründung, das Parlament habe sich selbst ausgeschaltet – und lässt weitreichende Verordnungen zur Beschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit auf Basis des KWEG beschließen. Er tat dies, so die nach 1945 nachgelieferte Deutung, um Hitler abzuwehren.

In den folgenden Monaten kommt es zu *Geheimverhandlungen* zwischen dem Dollfuß-Regime und den Nationalsozialisten, die letztlich aber scheitern.

Dollfuß selbst denkt daran, sich auf irgendeine Art von „Deal“ mit den Nazis einzulassen. Die Gründe sind klar: Er könne nicht auf Dauer an zwei Fronten kämpfen, sagte er zum Beispiel ungarischen Außenminister. – Aber trotz der Verhandlungen mit den Nazis, oder vielleicht sogar deswegen, sucht Dollfuß ab Frühjahr 1933 Rückversicherung bei Mussolini, der ihn mit offenen Armen aufnimmt – was sich aber bald als zweischneidige Sache herausstellt.

Der Deal mit den NS gelingt nicht, und zwar aus zwei Gründen:

- Erstens sind die Forderungen Hitlers viel zu weitgehend. Dollfuß ist nicht bereit, sich mehr oder weniger selbst aufzugeben.
- Zweitens: Ein letztes Mal können sich in der Frage einer Zusammenarbeit mit den Nazis die christlichsozialen Parteigranden gegen Dollfuß durchsetzen – allen voran Leopold Kunschak und der Landesparteiobmann der oberösterreichischen CSP Josef Aigner. Sie verhindern vorläufig weitere Verhandlungen.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen kommt es zur Eskalation. Eine regelrechte Terrorwelle der Nazis bricht los, die schließlich im Verbot der NSDAP am 16. Juni 1933 mündet. Und dieses Verbot bleibt auch bis zum 12. März 1938 aufrecht.

In der Folgezeit bis zum Sommer 1934 führt der autoritäre österreichische Staat tatsächlich einen intensiven Abwehrkampf gegen die nunmehr illegalen österreichischen Nationalsozialisten. Diese werden aus Deutschland – wohin die österreichische NS-Führung geflüchtet ist – straff gesteuert und mit allen denkbaren Mitteln bis hin zu Waffen und Sprengstoff reichlich unterstützt.

Zugleich gibt es Zehntausende junge Nazis aus Österreich, die nach Deutschland flüchten und dort in der Österreichischen Legion an den Terroraktionen gegen Österreich maßgeblich beteiligt sind.

Allerdings unternimmt Dollfuß auch in dieser Zeit alle nur denkbaren Versuche, mit den Nationalsozialisten zu einem Ausgleich zu kommen. So bemüht er sich, den Nazis nahestehende Deutschnationalen in seine Regierung zu holen. Dollfuß verhandelt beispielsweise wenige Tage vor dem Putsch in Mattsee mit einem Wiener Rechtsanwalt, den er schon von früher her kannte und der als prononcierter Katholisch-Nationaler mit sehr guten Beziehungen zu den Nazis galt. Sein Name: Arthur Seyß-Inquart.

Aber wie man es auch dreht und wendet, das Element des österreichischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus ist in dieser Zeit und letztlich bis März 1938 unbestreitbar.

Den Höhepunkt dieses Abwehrkampfes bildete zweifellos der abgewehrte nationalsozialistische Putschversuch vom 25. Juli 1934, bei dem Bundeskanzler Dollfuß getötet wurde. Ich sage *getötet, nicht ermordet*, weil eine Ermordung des Kanzlers im Putschplan nie vorgesehen war, sondern es sich bei dem Schuss, der ihn tödlich traf, um ein Zusammentreffen unglücklicher Umstände handelte.

Es war zu diesem Zeitpunkt bei diesem von Hitler persönlich befohlenen Putsch auch *kein Anschluss* Österreichs an Deutschland geplant, sondern eine Art *Gleichschaltung*. Vorläufig. Dass es a la longue dazu kommen musste, das war für Hitler völlig klar und unabdingbar..

Folgern wir: Widerstand auch in diesem Fall, zweifellos. Aber dass Dollfuß ab März 1933 das autoritäre Experiment versucht hätte, weil er von Anfang an erkannte, wie gefährlich Hitler ist, das ist eine Projektion der Nachkriegszeit.

Dieser unbedingte Widerstand, dieses frühzeitige Erkennen der Gefährlichkeit Hitlers, ist der wesentlichste Teil des Dollfuß-Mythos in seiner Form von 1945 ff.

Es gab auch eine Dollfuß-Helden- und Heiligenverehrung, die 1934 bis 1938 eine wesentliche, fast sakrale Rolle für das Selbstverständnis des Ständestaat bildet. Aber da war Dollfuß sozusagen der bessere Deutsche. Oder wie es im Dollfuß-Lied heißt, damals die zweite Staatshymne: „Ihr Jungen schließt die Reihen gut / Ein Toter führt uns an / Er gab für Österreich sein Blut / ein wahrer deutscher Mann.“

Es steht außer Frage, dass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden großen politischen Lager der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten gegen ihren Todfeind – und das war in jedem Fall Hitler-Deutschland und der Nationalsozialismus – mehr Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Gut möglich, dass sich durch einen derartigen gemeinsamen demokratischen Abwehrkampf über Lagergrenzen und -gräben hinweg die politische Dynamik in Europa verändert hätte. – Aber sicher ist das freilich nicht. Aber ohne jeden Zweifel wäre die Geschichte anders verlaufen, als wir sie kennen.

Allerdings glaube ich angesichts der Vorgeschichte der Ersten Republik nicht, dass das Vertrauen zwischen den Lagern zu einer derartigen Zusammenarbeit 1933 noch gegeben war.

Politische Mythen der Zwischenkriegszeit

Die Geschichte der Ersten Republik war während vieler Jahre der Zweiten Republik ein wichtiger historischer Bezugsrahmen für die beiden führenden Lagerparteien und ihre jahrzehntelange Zusammenarbeit in der »Großen Koalition«. Der 12. Februar und der 25. Juli 1934 sind in je eigener Art und Weise zentrale Bestandteile der Traditionspflege von Sozialdemokraten und Christlichsozialen. Diese beiden Hauptereignisse des Jahres 1934 mündeten in zwei große politische Mythen: den Februarmythos des sozialdemokratischen und den Dollfußmythos des christlichsozialen Lagers.

Beide Mythen bildeten sich jeweils um Niederlagen und Katastrophen. Sie sind in ihrem Kern Opfer- und Auferstehungsmythen:

- Ohne den heldenhaften, aber aussichtslosen Widerstand gegen den Faschismus im Februar 1934 wäre die Wiedergeburt 1945 nicht möglich gewesen. Der Opfergang der österreichischen Arbeiter war dazu nötig.

- Adäquat dazu der Julimythos, den man auch als Dollfuß-Opfer-Mythos bezeichnen könnte: Erst durch Dollfuß' heldenhaften Widerstand gegen den Nationalsozialismus hat Österreich als unabhängiger Staat, als eigenständige Nation wiedererstehen können. Dollfuß schuf mit seinem Märtyrertod die Grundlage für die Geburt des neuen Österreich.

Die These »Februarmythos« und die Antithese »Julimythos« fanden ihre Synthese im versöhnenden Mythos des zweiten Schlüsseljahres der österreichischen Republik, dem Jahr 1945. Es ist der Mythos von der »Lagerstraße«. Er lautet:

- Auf der Lagerstraße in Dachau, in der Zeit der schlimmsten Not, als Österreich untergegangen und von der Landkarte verschwunden war, fanden die Vertreter der großen politischen Lager als Verfolgte des Nazi-Regimes wieder zueinander.

Politische Mythen bauen mehr oder weniger direkt auf historischen Ereignissen und Fakten auf. Aber Mythen beziehen ihre Kraft vor allem daraus, dass sie sich über das Tatsächliche, das banal Faktische erheben.

Mit empirischer Forschung kann man politischen Mythen nur sehr bedingt gerecht werden. Sie erweisen sich letztlich als resistent gegen Wissenschaft. Geschichte mag Gegenstand von Wissenschaft sein, im Grunde hat sie aber ganz andere, nämlich identitätsformende, gemeinschaftsbildende, sinnstiftende Funktionen. Und Menschen können als gesellschaftliche Wesen ohne Mythen nicht existieren, Gemeinschaften sich ohne entsprechenden Gründungsmythos nicht bilden und fortbestehen.

Solche wichtigen gemeinschaftsbildenden Mythen sind die Widerstandsmysmen des Jahres 1934.

Aber politische Mythen können auch verschwinden oder verblassen. Das scheint mit im Moment mit dem Dollfuß-Opfermythos der Fall, der nur noch in Restbeständen existiert. Wesentlich stärker wird der Februarmythos gepflegt, nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern von Linken generell. Aber auch er wird irgendwann der Historisierung unterliegen und verblassen.

Damit komme ich zum Ende, danke für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf ihre Fragen, Anmerkungen, Statements.